

ENTSCHLIESSUNGSSANTRAG

der Bundesrät*innen Mag.^a Daniela Gruber-Pruner,
Genossinnen und Genossen
betreffend **Gerechtigkeit für die Kinder in Österreich**

eingebracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 14. Oktober 2021
betreffend ein Bundesgrundsatzgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Grundsätze
betreffend die fachlichen Anstellungserfordernisse für Kindergärtnerinnen und Erzieher
geändert wird (1042 d.B. und 1074 d.B.)



Wie aus den Chat-Verläufen zwischen Sebastian Kurz und Thomas Schmid nun bekannt wurde, wollte die Bundesregierung unter Kanzler Christian Kern und Vizekanzler Mitterlehner im Juni 2016 1,2 Milliarden Euro in Schulen und Kinderbetreuung investieren. Mitterlehner und die ÖVP – die sich politisch selbst immer als Familienpartei darstellt und insziniert - schien einverstanden. Damit sollte in ganz Österreich die kostenlose Nachmittagsbetreuung an Schulen eingeführt, der Ausbau ganztägiger Schulformen und die Kinderbetreuung vorangetrieben werden – inklusive Rechtsanspruch für jedes Kind. Die Chatverläufe dokumentieren, wie die „türkise Familie“ um Sebastian Kurz und er selbst aus Machtgier, eiskaltem Kalkül und blankem Egoismus, Errungenschaften für Kinder, Eltern und insbesondere Frauen verhinderten, um selbst an die Macht zu kommen. Es ging immer nur um

Sebastian Kurz, nie um Österreich – und schon gar nicht um unsere Kinder. Das Vorhaben, das für Sebastian Kurz' Karrierepläne geopfert wurde, ein besseres Bildungsangebot für alle Kinder und ein besseres Betreuungsangebot für alle Eltern und damit besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bleibt wichtig. Selbst Thomas Schmid bezeichnete dies als „geiles Programm“. Rund 1,2 Millionen Kinder, SchülerInnen und deren Familien dürfen nicht länger an den Machtphantasien von Sebastian Kurz und seiner eigenen „türkisen Familie“ leiden. Der nun dem Parlament vorgelegte Budgetentwurf ist allerdings in Zahlen gegossene Politik des System Kurz: Milliarden für die Großspender, das Inseratenbudget sprengt weiter alle Grenzen und kein zusätzlicher Cent für den Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagschulen. Damit auch kein Rechtsanspruch auf kostenfreie und ganztägige Kinderbildungseinrichtungen ab dem ersten Geburtstag.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Bundesräatinnen und Bundesräte nachstehenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend im Bundesfinanzrahmen zusätzliche 1,2 Milliarden Euro für den Ausbau für Kinderbetreuung, sowie den Ausbau von Nachmittagsbetreuung und ganztägigen Schulformen bereitzustellen, um so rasch einen Rechtsanspruch auf ganztägige, kostenfreie Kinderbildungseinrichtungen ab dem ersten Geburtstag umzusetzen.“

Gruber - Pruner
 (GRUBER - PRUNER)
 Novak
 (NOVAK)

(SCHUMANN)